



## Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Horstick eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Vorsitzender Horstick begrüßt Martina Henke, die seit dem 1. Oktober 2006 die Aufgabe der Mobilitätsbeauftragten des Kreises Borken wahrnimmt. Für ihre Tätigkeit wünscht er im Namen der Ausschussmitglieder viel Erfolg. Als Gast begrüßt er außerdem Vera Lindenbauer von der WestfalenBus GmbH, die zum Tagesordnungspunkt 9 „Linienführung der Buslinie 761 im Bereich Gescher/Velen“ referieren wird.

Auf Antrag der SPD-Fraktion werden die Tagesordnungspunkte 3 und 4 getauscht.

## A. Öffentlicher Teil

### **Punkt 1: 2. Controllingbericht 2006 Vorlage: 0189/2006**

---

Berichterstatter: Ludger Stienen, Karl-Peter Theis, Richard Riedel, Peter Sonntag

Auf die Nachfrage von Frau Lindenhahn erläutert Herr Stienen, in der letzten Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen seien einige Anpassungen auf RegioBus-Linien vorgenommen worden. Unter Marketingaspekten sei es zwar wünschenswert, alle Maßnahmen zeitgleich umzusetzen, die Verhandlungen mit den Verkehrsunternehmen verzögerten sich aber.

Herr Stienen führt aus, dass die Verkehrssicherheit ein Aspekt bei der Verwirklichung des Ziels „Verkehrsvermeidung und Verkehrsreduzierung durch Verkehrslenkung“ sei. In der Diskussion mit den Städten und Gemeinden werde angestrebt, die Streckenführung für den Schwerlastverkehr zu verbessern. In Stadtlohn und Vreden seien entsprechende verkehrrechtliche Anordnungen umgesetzt worden.

Frau Lindenhahn schlägt vor, die Plakatentwürfe, die im Rahmen des EU-Programms „People to People“ entwickelt würden, auch den Ausschussmitgliedern vorzustellen. Herr Stienen weist darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit den niederländischen Partnern schleppend verlaufe. Die Plakate stünden bisher nicht zur Verfügung.

Herr Stienen erläutert, dass sich der Kreis Borken an der gemeinsamen Aktion der AOK-Gesundheitskasse und des ADFC „Mit dem Rad zur Arbeit“ beteiligt habe. Die Resonanz sei mit 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut gewesen. Von den insgesamt 140 Unternehmen und Behörden im Bereich Borken/Steinfurt habe der Kreis den 1. Platz bei den Teammeldungen erreicht. Im Rahmen des BYPAD-Prozesses werde unter wissenschaftlicher Beteiligung das Radfahrklima im Kreis Borken untersucht. Hierbei sei geplant, auch die Politik schon in der Untersuchungsphase mit einzubeziehen. Jede Fraktion könne einen Ver-

treter benennen. Die in den Workshops ausgearbeiteten Handlungsempfehlungen würden politisch beraten.

Herr Stienen erklärt auf Nachfrage von Frau Lindenhahn, dass beim begleiteten Fahren ab 17 Jahren innerhalb eines Jahres 1.800 Anträge eingegangen seien. Hinsichtlich der Beteiligung der 17-jährigen Fahrer an Unfällen könne keine Aussage getroffen werden. Entsprechende Erhebungen in Niedersachsen hätten gezeigt, dass die Altersgruppe sehr wenige Unfälle verursacht habe. Es sei aber zu bedenken, dass diese Erkenntnisse nicht als repräsentativ angesehen werden könnten. Ziel der Regelung des begleiteten Fahrens sei es, dass die jugendlichen Fahrer den in Begleitung geübten defensiven Fahrstil auch beibehielten.

Auf Befragen erläutert Herr Stienen, dass im Rahmen des öffentlichen Personennahverkehrs eine Kostenbeteiligung des Zweckverbandes für die Fahrgastinformation in Höhe von 25.000 Euro vereinnahmt worden sei.

Frau Lindenhahn erkundigt sich nach der Anzahl der in den Budgets 07, 08, 09 und 12 unbesetzten Stellen (*Anmerkung: In den Budgets sind zum 01.11.2006 insgesamt 9,5 Stellen unbesetzt. Dies sind im Budget 08 drei Stellen (hiervon sind zwei im Stellenpool ausgewiesen), im Budget 09 1,5 Stellen (diese werden 2007 wegfallen) und im Budget 12 fünf Stellen, von denen zwei Stellen 2007 wegfallen und drei offene Straßenwärterstellen den derzeitigen Auszubildenden nach bestandener Prüfung angeboten werden.*)

Vorsitzender Horstick schlägt vor, im Rahmen der Niederschrift eine Übersicht über den aktuellen Stand der Verlustabdeckung der RVM zu erstellen.

*(Anmerkung der Verwaltung: Nach der aktuell vorliegenden Ergebnisrechnung bzw. Prognosen für die Regionalverkehr Münsterland GmbH sieht der Stand der Verlustabdeckung für den Kreis Borken wie folgt aus:*

<u>2004</u>	
Fehlbetrag lt. korrigierter Abrechnung	715.600 €
gezahlt	<u>970.500 €</u>
Überzahlung	254.900 €
<u>2005</u>	
Fehlbetrag lt. Abrechnung	247.000 €
gezahlt	<u>925.000 €</u>
Überzahlung	678.000 €
<u>2006</u>	
Fehlbetrag lt. Wirtschaftplanentwurf	1.060.000 €
Fehlbetrag lt. aktueller Prognose	<u>246.000 €</u>
Verbesserung	814.000 €

*Sowohl die Kreisleistungsverrechnung als auch die Verteilung des Finanzbeitrages der Stadt Münster basieren noch auf hochgerechneten Ergebnissen. Es bestehen außerdem Risiken bei der Verteilung der § 45a BPefG-Erträge auf Grundlage der Reiseweitenermittlung und bei den Einnahmezuscheidungen aus dem VRR.)*

Herr Riedel berichtet kurz über wesentliche Eckpunkte im Controllingbericht zum Budget 08 – Planen, Bauen, Wohnen. Im Vergleich zum Vorjahr sei ein Anstieg der Baugenehmigungen und der Verwaltungsgebühren zu verzeichnen. Dies sei auf den Wegfall der Eigenheimzulage ab 01.01.2006 zurückzuführen, der einen Anstieg von Bau- und Förderanträgen Ende



aber auch die Städte und Gemeinden seien in der Verantwortung, diesen Herausforderungen mit zukunftsweisenden Konzepten zu begegnen.

**Beschluss:** 14 Ja-Stimmen  
1 Enthaltung

Dem Strategiepapier zur Gestaltung des demographischen Wandels wird zugestimmt.

**Punkt 3: Zukunft der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)**  
**Vorlage: 0245/2006**

---

Berichterstatte: Dr. Hermann Paßlick

Frau Lindenhahn begrüßt das Ziel, die RVM als kommunales Unternehmen weiterzuführen und schlägt vor, den Punkt 3 des Beschlussvorschlages wie folgt abzuändern: „Der Restrukturierungsprozess der RVM wird mit politischer Beteiligung konsequent fortgesetzt.“

Herr Dr. Paßlick erklärt, die Durchführung des Restrukturierungsprozesses sei Aufgabe des Unternehmensmanagements. Im Aufsichtsrat sei auch der politische Raum vertreten. Grundlegende Restrukturierungsentscheidungen müssten dort getroffen werden. Für die Weitergabe der Informationen sei er als Aufsichtsratsvorsitzender in der Pflicht. Die Unternehmensentscheidungen könnten im Rahmen der Interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV beraten werden.

Vorsitzender Horstick führt aus, dass er den Antrag der SPD-Fraktion auf Änderung des Beschlussvorschlages nicht befürworte. Das Unternehmen RVM habe eine Vielzahl von Gesellschaftern. Die Kreise seien zu einem relativ geringen Prozentsatz am Unternehmen beteiligt. In der Gesellschafterversammlung seien die gewählten Vertreter der Städte und Gemeinden vertreten. Eine über die prozentuale Beteiligung hinausgehende Vertretung der Kreise ließe sich politisch nicht umsetzen.

Herr Dr. Paßlick erläutert, dass mit der Sicherung der RVM-Konzessionen auch die Kooperationspartner die Chance hätten, sich auf den Wettbewerb vorzubereiten. Die Kooperationsverträge der Partnerunternehmen würden einem Benchmark-Verfahren unterzogen. Im Rahmen der Vertragsverhandlungen hätten die Kooperationspartner Zusagen erteilt, teilweise seien allerdings Übergangslösungen notwendig. Die Partnerunternehmen hätten signalisiert, dass sie an der weiteren Zusammenarbeit interessiert seien. Eine Kündigung der Verträge sei für die Unternehmen auf jeden Fall die ungünstige Lösung.

Vorsitzender Horstick wertet das Ergebnis des Entwicklungsprozesses positiv. Die Beschäftigten hätten Arbeitsplatzsicherheit für die nächsten acht Jahre erhalten, die Stellung der privaten Verkehrsunternehmen sei gesichert und die Verluste seien reduziert worden. Künftig würden die Linienbündel gebildet als Grundvoraussetzung für Ausschreibungen.

**Beschluss:** einstimmig

1. Die RVM wird als kommunales Unternehmen für zunächst 8 Jahre weiter geführt.
2. Die RVM wird beauftragt, die Verträge mit den Kooperationspartnern entsprechend den in der Vorlage genannten Zielsetzungen anzupassen.
3. Der Restrukturierungsprozess der RVM wird konsequent fortgeführt.

**Punkt 4: Bildung eines Beirates für die "Regionale Nahverkehrsgemeinschaft Münsterland (RNVG)"**  
**Vorlage: 0149/2006**

---

Berichterstatte:r: Frau Lindenhahn

Frau Lindenhahn erläutert, der Beirat solle auf Ebene der Münsterlandkreise eine für den öffentlichen Personennahverkehr abgestimmte Politik betreiben. Es sei vorstellbar, dass die Lenkungsgruppe um Vertreter aus der Politik erweitert werde.

Herr Dr. Paßlick hält den Antrag der SPD-Fraktion für nachvollziehbar, sieht einen Beirat neben der Regionalen Nahverkehrsgemeinschaft aber kritisch. Die RNVG sei der Zusammenschluss der Sachbearbeiter der Münsterlandkreise. Dies mache Sinn, weil auch der ÖPNV kreisübergreifend sei. Für die Verkehrsunternehmen sei so die Zusammenarbeit leichter, da nur ein Ansprechpartner vorhanden sei. Ziel der Zusammenarbeit sei ein einheitlicher Standard im Münsterland und die effizientere Aufgabenerledigung. Die Entscheidungen im Rahmen des ÖPNV würden weiterhin in den entsprechenden Ausschüssen der Kreise getroffen. Die Sitzungsvorlagen würden regelmäßig durch die politischen Diskussionen in den Kreisen vorbereitet. In der von Frau Lindenhahn angesprochenen Lenkungsgruppe seien die Dezernenten der vier Kreise vertreten. Die Lenkungsgruppe lege die Schwerpunkte der Arbeit fest.

Vorsitzender Horstick weist auf die Mitwirkungsmöglichkeiten über die verschiedenen Gremien hin. Es sei zu überlegen, ob die Interfraktionelle Arbeitsgruppe ÖPNV die im Antrag aufgezeigten Aufgaben übernehmen könne.

Herr Epping unterstützt grundsätzlich den Antrag der SPD-Fraktion. Die Interfraktionelle Arbeitsgruppe ÖPNV sei aber ein guter Weg, die frühzeitige Einbindung der Politik sicherzustellen.

Frau Lindenhahn weist darauf hin, dass die Interfraktionelle Arbeitsgruppe ÖPNV nicht die Koordination der vier Münsterlandkreise übernehmen könne. Für dieses Ziel müsse eine überörtliche Gruppe gebildet werden.

Vorsitzender Horstick erklärt, es sei richtig, eine Beratung der RVM-Themen vorab mit den übrigen Kreisen zu ermöglichen. Er schlage vor, die ÖPNV-Vorlagen grundsätzlich in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV vor zu beraten. Gleichzeitig ergebe sich damit der zeitliche Raum, inhaltliche Fragen im Vorfeld der Ausschussberatung mit den anderen Münsterlandkreisen politisch abzustimmen.

**Beschluss:** 14 Ja-Stimmen  
1 Enthaltung

Die strategischen ÖPNV-Entscheidungen werden in der Interfraktionellen Arbeitsgruppe ÖPNV vorberaten.

**Punkt 5: Linienbündelungskonzept für den ÖPNV im Kreis Borken**  
**Vorlage: 0243/2006**

---

Berichterstatte: Ludger Stienen

Auf die Nachfrage von Herrn Epping erläutert Herr Stienen, dass die Linienbündel im Hinblick auf die betrieblichen Abläufe mit den Verkehrsunternehmen abgestimmt seien.

Vorsitzender Horstick weist darauf hin, dass Änderungen der Linienbündel möglich sein müssten.

Herr Stienen erläutert auf die Nachfrage von Frau Lindenhahn, dass die ersten Ausschreibungen dort durchgeführt würden, wo kostengünstigere Lösungen erwartet würden. Im Kreis Borken würden die Linien größtenteils eigenwirtschaftlich betrieben. Daher bestehe kein Zeitdruck. Es gehe darum, Erfahrungen mit der Ausschreibung zu gewinnen.

Herr Dr. Paßlick erläutert, dass mit dem heutigen Beschluss keine Ausschreibungen beschlossen würden. Bei der Bildung der Linienbündel gehe es darum, das Herausbrechen wirtschaftlich ertragreicher Linien zu vermeiden. Für die Ausschreibung sei ein weiterer Beschluss notwendig. Die EU-Verordnung 1191/69 sei nicht endgültig fertiggestellt.

Herr Semmelmann erkundigt sich nach dem Rechtscharakter des Beschlusses. Herr Dr. Paßlick erläutert dazu, zur Zeit könne bei Auslaufen der Konzession einer lukrativen Linie ein neuer Bewerber eintreten. Die Bezirksregierung werde durch die Linienbündelung in die Lage versetzt, Bewerber abzulehnen, die eine ertragreiche Linie aus dem Verkehrsraum herausbrechen wollten. Insofern sei der Beschluss als präventiv anzusehen.

Vorsitzender Horstick weist auf das Problem der unterschiedlichen Laufzeiten der Konzessionen hin. Die Linienbündelung bedeute eine Selbstbindung der vier Münsterlandkreise mit dem Ziel, der Bezirksregierung eine Entscheidungsgrundlage zur Verfügung zu stellen.

Auf die Nachfrage von Herrn Semmelmann erläutert Vorsitzender Horstick, dass die Zuschussgewährung im Rahmen des ÖPNV in den kommenden Jahren umgestellt werde. Es sei beabsichtigt, Pauschalen für Regionen zu gewähren. Ein gemeinsamer Handlungsmaßstab der Münsterlandkreise sei günstig, um den ÖPNV positiv zu beeinflussen.

**Beschluss:** einstimmig

Dem Linienbündelungskonzept für den ÖPNV im Kreis Borken und der Wettbewerbstreppe wird zugestimmt.

**Punkt 6: Projekt Freizeitbus im Kreis Borken**  
**Vorlage: 0208/2006**

---

Berichterstatter: Ludger Stienen

Herr Stienen erläutert die Vorlage anhand von Folien. Diese sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Schulte findet die Idee des Freizeitbusses positiv, gibt aber zu bedenken, dass der Nordkreis nicht berücksichtigt werde. Außerdem sehe er die Namensfindung kritisch. Seiner Meinung nach müsse der Fietsenbus in ein einheitliches, den gesamten Kreis umfassendes Konzept integriert werden. Herr Stienen führt aus, dass das Projekt eine Weiterentwicklung des bestehenden Angebotes darstelle. Die positiven Aspekte aus der Entwicklung des Fietsenbusses hätten übertragen werden können. Zu bedenken sei, dass allein für die Anbindung Gronaus an den Fietsenbus 10.500 Euro entstünden. Eine Verknüpfung des Freizeitbusses mit dem Fietsenbus sei ausdrücklich angestrebt. Damit entstehe bereits ein Netz, das den Großteil der Städte und Gemeinden einbinde. Die betriebliche Umsetzung werde derzeit erarbeitet.

Herr Weikamp merkt an, dass die Bürger mit der Linie aus dem Kreis Borken herausgeführt würden und schlägt vor, die Unternehmen an den Kosten zu beteiligen. Die zusätzlich anfallenden Kosten dürften nicht zu Lasten anderer Linien gehen. Sinnvoll sei, das Projekt zeitlich zu begrenzen. Herr Stienen erläutert, dass der Ketteler-Hof im Kreis Recklinghausen ein attraktives Ziel darstelle und als einzige Haltestelle außerhalb des Kreises Borken liege. Eine zeitliche Begrenzung sei problematisch wegen der Zweckbindung der Fördermittel. Mit den profitierenden Betrieben werde über eine Kostenbeteiligung verhandelt.

Herr Epping sieht in dem Freizeitbus eine gute Weiterentwicklung des Fietsenbusses. Er schlägt vor, die Heckträger durch Anhänger zu ersetzen. Zudem solle auch für den Nordkreis ein Angebot erarbeitet werden.

Herr Schlipfing sieht in dem Projekt gute Ansätze, den öffentlichen Personennahverkehr zu fördern. Er gibt aber zu bedenken, dass auch Begehrlichkeiten geweckt würden. Es sei wichtig, die finanziellen Rahmenbedingungen zu beachten.

Frau Lindenhahn erkundigt sich nach den Möglichkeiten der Fahrzeugförderung. Herr Stienen erläutert, dass für die Investitionskosten Mittel aus der Fahrzeugförderung abgerufen werden könnten. Das Fördersystem werde ab dem Jahr 2008 umgestellt.

Herr Lensing begrüßt, dass mit dem Freizeitbus ein neues Potenzial von ÖPNV-Nutzern erschlossen werde. Die Preisgestaltung müsse den Nutzergruppen angepasst werden, damit viele Fahrgäste das Angebot nutzen könnten. Herr Stienen weist darauf hin, dass die Linie die Attraktivität aus den Erlebnismöglichkeiten ziehe. Die Preisgestaltung richte sich nach den Tarifen der VGM.



Auf die Nachfrage von Herrn Lütkenhorst führt Herr Stienen aus, dass sich das Dorf Münsterland an den Kosten für den Nachtbus beteilige.

**Beschluss:** einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, zum Sommerhalbjahr 2007 auf der Achse Isselburg – Bocholt – Rhede – Borken – Heiden – Reken – Haltern-Lavesum einen FreizeitBus einzurichten, das Betriebszeitfenster bedarfsgerecht auszugestalten und das entsprechende Marketing für das Projekt zu betreiben.

**Punkt 7: Fahrtenangebot in den Ferien auf der Linie 731 (Bocholt - Rhede - Oeding - Vreden)**  
**Vorlage: 0241/2006**

---

**Beschluss:** einstimmig

Das in den Schulferien angebotene Fahrtenpaar auf der Linie 731 zwischen Rhede und Vreden wird eingestellt.

**Punkt 8: Spätverkehre auf der Regionalbuslinie 721 zwischen Raesfeld-Erle und Borken**  
**Vorlage: 0250/2006**

---

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreis Borken finanziert die Auferlegung für Spätverkehre entsprechend den Vorgaben der Nahverkehrsplanung auf der Regionalbuslinie 721 zwischen Raesfeld-Erle und Borken.

**Punkt 9: Linienführung der Buslinie 761 im Bereich Gescher/ Velen**  
**Vorlage: 0144/2006**

---

Berichterstatter: Ludger Stienen

Frau Lindenbauer, WestfalenBus GmbH (WB), erläutert, dass es in zahlreichen Gesprächen mit der Gemeinde Velen nicht möglich gewesen sei, eine Lösung zu finden. Das Hauptargument für die Beibehaltung des Linienweges bestehe darin, dass die Umlaufzeit optimiert sei und die Linie eigenwirtschaftlich gefahren werde. Eine Ausweitung des Linienweges sei wirtschaftlich nicht tragbar, da die Fahrzeit nicht an anderer Stelle eingespart werden könne. Die einzige Möglichkeit bestünde darin, sowohl in Hochmoor und Tungerloh-Pröbsting als auch in Gescher weitere Haltestellen aufzugeben. Dann sei in Hochmoor keine zentralörtliche Haltestelle mehr vorhanden. Die in Frage kommenden Haltestellen in Gescher würden überdies von der WB als die Bedeutendsten im Hinblick auf Fahrgastpotenzial angesehen. Aus wirtschaftlichen Gründen sollten diese nicht aufgegeben werden. WB befürchte Fahrgastrückgänge und die Gefährdung der Eigenwirtschaftlichkeit. Darüber hinaus würde der verlängerte Linienweg Mehrkosten verursachen. Auf das tariflich entstehende Problem sei die Gemeinde ebenfalls hingewiesen worden. Für den Vorschlag der Gemeinde Velen spreche lediglich,

dass eine umstiegsfreie Verbindung nach Stadtlohn entstünde. Die Gemeinde Velen sei jedoch durch die Achse der Linie 751 von Bocholt über Borken nach Coesfeld gut im Netz angebunden. Aus Sicht der WB werde kritisch gewertet, dass bei einer Veränderung des Linienweges neue Begehrlichkeiten geweckt würden. In den Gesprächen mit der Gemeinde Velen sei die Thematik hinreichend diskutiert worden, neue Argumente seien seitens der Gemeinde Velen nicht aufgezeigt worden. WB habe deutlich gemacht, dass weitere Diskussionen nur bei inhaltlichem oder sachlichem Fortschritt geführt würden.

Auf Nachfrage von Herrn Lensing führt Frau Lindenbauer aus, dass es über den Bordcomputer der Busse möglich sei, die Grünphase an Lichtzeihanlagen zu regeln. Im Gebiet der Stadt Coesfeld könnten auf diese Weise einige Minuten Fahrzeit gewonnen werden. Allerdings müsste die Stadt Coesfeld bereit sein, die Finanzierung der baulichen Veränderungen zu übernehmen. Die Stadtverwaltung habe die Interessen des Individualverkehrs zu beachten. Es sei davon auszugehen, dass die Stadt Coesfeld der Sonderbehandlung des Linienverkehrs, der zudem nur den Bürgerinnen und Bürgern aus Velen zugute käme, nicht zustimmen werde.

Frau Lindenhahn kritisiert, dass keine neue Sitzungsvorlage erstellt worden sei. Herr Stienen weist darauf hin, dass seit der Sitzung im Juni 2006 keine neuen Argumente seitens der Gemeinde Velen vorgetragen worden seien.

Vorsitzender Horstick weist auf die Situation der Stadt Gescher hin. Diese habe eine neue Haltestelle mit hohen finanziellen Mitteln erstellt. Durch die Veränderung des Linienweges der 751 seien drei Haltestellen weggefallen. Insgesamt hätten sich dadurch für die Stadt Gescher keine Verbesserungen ergeben.

**Punkt 10:**     **Einrichtung zusätzlicher Möglichkeiten zum Erwerb von Fahrkarten im Bereich des ZVM und VRR im Kreis**  
                         **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 09.10.2006**  
                         **Vorlage: 0246/2006**

---

Berichterstatter:                                     Manfred Epping

Herr Dr. Paßlick weist darauf hin, dass das Problem bekannt sei. Im Rahmen von Ausschreibungen des ZVM sei das Vorhandensein von Fahrkartenschaltern Bedingung. Der VRR verfolge ein anderes Konzept und habe sich damit bisher durchgesetzt. Das Problem liege in der verschärfen Praxis der DB, von Fahrgästen ohne gültige Fahrkarten das erhöhte Beförderungsgeld zu verlangen. Er schlage daher vor, die berechtigten Anliegen zu gegebener Zeit in den Verhandlungen wieder aufzugreifen.

**Punkt 11:**     **Errichtung eines interkommunalen Bauhofes**  
                         **- mündlicher Vortrag von Herrn Sonntag, Leiter des Betriebes für Straßen, Gebäudewirtschaft und Grünflächen**

---

Herr Sonntag informiert den Ausschuss für Verkehr und Bauwesen über den aktuellen Verfahrensstand bei der Errichtung eines interkommunalen Bauhofes. Seit der letzten Aus-

schuss-Sitzung seien weitere Gespräche mit den beteiligten Kommunen Gescher, Stadtlohn und Velen geführt worden. Die Stadt Gescher habe bereits einen positiven Ratsbeschluss über die Kooperation verabschiedet. Die Stadt Stadtlohn habe einen „gemischten Beschluss“ vorgelegt. Da in Stadtlohn im Gegensatz zum Kreisbetrieb neben Straßenwärtern und Gärtnern auch „klassische“ Handwerker wie Maurer und Maler beschäftigt seien, solle der Bereich der Straßen- und Grünflächenunterhaltung zum interkommunalen Bauhof ausgegliedert werden, die Handwerker für die Hochbauunterhaltung sollten jedoch in einem eigenen Stadtlohner Bauhof verbleiben. Die Gemeinde Velen habe noch keinen Ratsbeschluss über die Zusammenarbeit in Sachen Bauhof erwirkt.

Das Deutsche Rote Kreuz sei nach wie vor am Kauf des Kreisbauhofes Borken interessiert, so Herr Sonntag, die Organisation sei allerdings auf Zuschüsse angewiesen, so dass eine endgültige Zusage über den Kauf erst erfolgen könne, wenn alle Fördermittel bewilligt seien. Im Januar 2007 werde bei einer Stiftung der Beschluss über Fördermittel für das DRK gefasst. Dann könne der Verkauf grundsätzlich erfolgen.

**Punkt 12:      **Ausbau des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden und des interkommunalen Gewerbegebietes**  
- mündlicher Vortrag von Herrn Sonntag, Leiter des Betriebes für Straßen, Gebäudewirtschaft und Grünflächen**

---

Herr Sonntag erklärt, dass er auch zum Thema Flugplatz Stadtlohn-Vreden und interkommunales Gewerbegebiet den Mitgliedern des Ausschusses einen Sachstandsüberblick geben möchte. Der Erhalt des Flugplatzes als Schwerpunktlandeplatz sei nach wie vor ein Dauerbrenner, man könne mittlerweile aber optimistischer sein, dass alle erforderlichen Genehmigungen für die Verlängerung der Start- und Landebahn in den nächsten Wochen vorlägen. Die wasserrechtliche Genehmigung über die Aufhebung und Verrohrung von Gewässern im Flugplatzbereich sei erteilt, die Genehmigung für die Einleitung von Niederschlagswasser stehe jedoch noch aus, ebenfalls die wichtige luftverkehrsrechtliche Genehmigung. Er erwarte aber, so Herr Sonntag, in Kürze positiven Bescheid der Bezirksregierung Münster.

Frau Lindenhahn bittet um Klarstellung einiger Sachverhalte, die ihr zu Ohren gekommen seien. So habe sie gehört, dass nicht nur eine Verlängerung der Landebahn geplant sei, sondern ein kompletter Neubau. Außerdem habe sie in einem Leserbrief eines betroffenen Grundstückseigentümers in der Zeitung gelesen, dass die zur Erweiterung benötigten Grundstücke noch gar nicht vom Kreis gekauft worden seien, dass der Kreis sogar in Erwägung ziehe, die Grundstücke zu enteignen. Außerdem möchte sie wissen, wie der Planungsstand um das interkommunale Gewerbegebiet sei.

Herr Sonntag stellt klar, dass der Abschluss von Grundstücksverträgen keine Voraussetzung für die luftverkehrsrechtliche Genehmigung sei. Im Gegenteil dürfe der Kauf von Grundstücken erst bei vorliegender Genehmigung erfolgen, da anderenfalls die Landesförderung gefährdet sei, die vorzeitige Zahlungen nicht erlaube. Zur angesprochenen Enteignung von Grundstücken weist er darauf hin, dass diese nur als allerletzte Möglichkeit in Betracht komme und der Kreis Borken alles daran setzen werde, den Grunderwerb auf vertraglichem Wege zu regeln. Es sei aber grundsätzlich festzuhalten, dass eine luftverkehrsrechtliche Genehmigung einen Enteignungstitel darstelle, der im Falle gescheiterter Vertragsverhandlungen über den Grunderwerb zum Tragen kommen könne. Die Information über den Neubau der Start- und Landebahn stellt Herr Sonntag insofern richtig, dass es sich dabei nicht um die asphaltierte Hauptlandeplatzbahn handele, sondern um die zu dicht daneben gelegene nicht asphaltierte Segelflughahn, die aus Sicherheitsgründen einige Meter parallel verlegt werden müsse. Zum Planungsstand des interkommunalen Gewerbegebietes sei zu berichten, dass sich die Gemeinde Winterswijk sowie die neu gegründete niederländische Gemeinde Oost-Gelre zunächst für eine Beteiligung interessierten, derzeit jedoch auf den Abschluss des Ge-

nehmigungsverfahrens für die Erweiterung der Start- und Landebahn warteten. Der Ausbau sei zwingende Voraussetzung für ein interkommunales Gewerbegebiet. Momentan seien nur die Anliegergemeinden Stadtlohn und Vreden an den Planungen für ein Gewerbegebiet am Flugplatz beteiligt.

Herr Bestert erkundigt sich, ob die für das Jahr 2006 vorgesehenen Fördermittel für die Erweiterung der Start- und Landebahn nur noch in diesem zur Verfügung stehen. Herr Sonntag macht deutlich, dass die Landesförderung 2006 nicht verfallende, wenn es zu zeitlichen Verzögerungen bei der Umsetzung der Baumaßnahme komme. Sicherlich könne mit einem Abschluss der Bauarbeiten in 2006 nicht mehr gerechnet werden, der Grunderwerb jedoch nach Vorlage der luftverkehrsrechtlichen Genehmigung erfolgen. Wie auch bei der Straßenbaufinanzierung komme es beim Ausbau der asphaltierten Start- und Landebahn des Flugplatzes im Jahr 2007 zu einem Liquiditätsausgleich im Landeshaushalt, bei dem nicht abgerufene Fördermittel umgeschichtet und dem jeweiligen Förderbedarf angepasst würden.

---

**Punkt 13: Bereitstellung von Geodaten als Dienstleistung für die Städte und Gemeinden**  
**- mündlicher Vortrag von Herrn Theis, Leiter des Fachbereiches Vermessung und Kataster**

---

Herr Theis erläutert dem Ausschuss für Verkehr und Bauwesen die Bereitstellung von Geodaten als Dienstleistung für die Gemeinden. Er erklärt, dass die Geodaten in rund zwei Wochen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden, der Ausschuss jedoch vorab informiert werde.

Die Folien des Vortrages sind als Anlage zur Niederschrift beigelegt.

---

**Punkt 14: Mitteilungen der Verwaltung**

---

- Herr Stienen berichtet über das Projekt Wildunfallbekämpfung im Kreis Borken. Die Daten über Wildunfälle aus den Jahren 1995 bis 2005 seien in das Geoinformationssystem eingepflegt worden. In insgesamt 10 auffälligen Bereichen würden gezielte Maßnahmen umgesetzt und über einen Zeitraum von drei Jahren beobachtet und ausgewertet. Das Maßnahmenspektrum reiche von Verkehrszeichen und nichtamtlichen Warntafeln über Reflektoren an Leitpfosten bis hin zu Geschwindigkeitsbeschränkungen und jagdlichen und forstlichen Maßnahmen.
- Herr Stienen gibt einen Überblick über die Aktionen im Rahmen des Projektes „Kreis Borken sieht gelb“. Auf Initiative des Lokalsenders WMW und in Zusammenarbeit mit dem LVM seien an alle Schulanfänger gelbe Kappen verteilt worden. Die Kinder hätten in der Schule Denk- und Dankzettel erarbeitet und an Autofahrer verteilt. Das Lokalradio habe die Aktion mit zahlreichen Einspielungen begleitet. Durch die abgestimmten und sich gegenseitig verstärkenden Aktionen habe das Projekt hohe Resonanz erzielt.

Herr Schlipfing regt an, vom Kreis erstellte Flyer und Informationsmaterialien grundsätzlich vorab den Kreistagsabgeordneten zur Verfügung zu stellen.

- Herr Stienen erläutert, dass im Rahmen des grenzüberschreitenden Verkehrs die bisher durchgehend bis Doetinchem gefahrene Verbindung unterbrochen werde. Zukünftig werde von deutscher Seite ein Bus bis Dinxperlo fahren, dort bestehe eine

Wendemöglichkeit. Ab Dinxperlo werde das niederländische Verkehrsunternehmen das Fahrtenangebot übernehmen. Hintergrund sei, dass der Busverkehr an die niederländische Schienenverbindung angepasst werden müsse. Zukünftig sei von Terborg eine Bahnfahrt nach Doetinchem möglich. Aus diesem Grunde müsse die Linie C 7/40 auf den Bahnanschluss ausgerichtet sein. Die bisher durchgehende Busverbindung von Bocholt über Dinxperlo nach Doetinchem könne nicht so angelegt werden, dass sowohl in Bocholt als auch in Terborg ein Direktanschluss möglich sei.

- Herr Sonntag informiert über den Zustand der Landesstraßen im Kreis Borken. *(Landrat Wiesmann hatte in der Sitzung des Kreistages vom 22.06.2006 zugesagt, den dort angesprochenen schlechten Zustand der Landesstraßen innerhalb des Kreisgebietes im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen zu thematisieren.)* Herr Sonntag erklärt, der Landesbetrieb Straßen NRW führe ähnlich wie der Kreisbetrieb eine jährliche Bestandsaufnahme über den Schadenszustand des Straßennetzes durch. Nach Auskunft des Landesbetriebes müssten derzeit 40 Straßenabschnitte aufgrund ihres schlechten Zustandes saniert werden, finanziert werden könnten jedoch nur zehn. Aufgrund der angespannten Haushaltslage seien drei Viertel der mangelhaften Straßen nicht kurzfristig zu verbessern.

#### **Punkt 15: Anfragen**

---

- Herr Epping erkundigt sich nach dem Stand der Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln für den Schienenpersonennahverkehr. *(Anmerkung der Verwaltung: Trotz der Kürzungen der Fördermittel stehen im Münsterland im nächsten Jahr kaum Kürzungen der Fahrplanleistungen an. Nachdem der VRR zunächst die Stilllegung der Strecke Dorsten – Coesfeld vorgeschlagen hatte, ist auf Intervention des ZVM nun eine Reduzierung des Fahrangebotes vorgesehen. Zwei Fahrtenpaare mit geringer Nachfrage an den Wochentagen Montag bis Freitag sollen entfallen; samstags bleibt ein 2-Stunden-Takt erhalten. Für die Haushaltsjahre 2008 bis 2010 zeichnet sich ab, dass die Dynamisierung der Fördermittel wieder aufgenommen wird, d. h. eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonennahverkehr um bis zu 1,5 %.)*
- Herr Lensing weist darauf hin, dass mit einem Semesterticket für die Strecke Borken – Rhade 4 Euro fällig würden. Für 5 Personen werde auf der Strecke Borken – Essen ein Fahrpreis von 12,80 Euro erhoben. Diese Tarife stünden angesichts der Länge der Strecken in keinem Verhältnis. Außerdem sei beschlossen worden, für die Beseitigung des Tarifsprungs einen Ausgleichsbetrag zu zahlen. *(Anmerkung der Verwaltung: Das Semesterticket wurde bei der Einrichtung des Übergangstarifes im Jahr 2001 nicht integriert. Die Regelungen zum Semesterticket sind in erster Linie Angelegenheit der Studentenvertretungen (ASTA). Diese müssen in Verhandlungen mit dem VRR treten, um entsprechende Sonderregelungen zu erreichen. Auf Anregung der Verwaltung soll die Thematik mit dem VRR und dem Betreiber der Bahnstrecke Borken – Essen erneut aufgegriffen werden.)*
- Frau Söbbing-Krumkamp bittet um Mitteilung des Verfahrensstandes bei der Bauplanung der K 63/L 560 in Ahaus. Herr Sonntag antwortet, die Umwidmung zur Kreisstraße sei zum 01.07.2006 vollzogen worden. Im November finde das Einplanungsgespräch bei der Bezirksregierung Münster statt, bei dem der geplante Radweg auf seine Förderwürdigkeit geprüft werde. Nach dieser Klärung könne die Gesamtplanung erfolgen.

Vorsitzender Horstick schließt die Sitzung um 20:30 Uhr.

---

Horstick  
Vorsitzender

---

Sobek            Schwering  
Schriftführer